

Zeitung für das Dilltal.

Amtliches Kreisblatt für den Dillkreis.

Ausgabe täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: vierteljährlich ohne Frachtkosten 2.40. Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, außerdem die Zeitungsboten, die Landbriefträger und sämtliche Postanstalten.

Anzeigenpreise: Die kleine 6-gesp. Zeile 20 Pfennig, lokale geschäftliche Anzeigen 15 Pfennig, die Reklamenzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholungs-Annahmen Rabatt oder günstige Zeilen-Abstände. Offertenscheine oder Anstufung durch d. Geschäftsstelle 25 Pfennig.

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg.
Geschäftsstelle: Schulstrasse 1. Fernruf: Dillenburg Nr. 24.

Nr. 11

Montag, den 14. Januar 1918

78. Jahrgang

Hindenburg und Ludendorff in Berlin. — Ein Kronrat?

Hindenburg und Ludendorff in Berlin.

Berlin, 12. Jan. Vor ein paar Tagen verlautete bereits, daß der Generalfeldmarschall v. Hindenburg nach Berlin kommen würde. Heute ist nun amtlich gemeldet worden, daß der Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff in Berlin eingetroffen sind. Der „Vol.-Anz.“, der manchmal gut unterrichtet ist und namentlich auch während der letzten Woche verriet, daß er gute Beziehungen unterhält, gibt der Meldung über die Anwesenheit Hindenburgs und Ludendorffs in Berlin folgenden Kommentar: „Gerüchte wollen wissen, daß für heute eine Kronratsitzung anberaumt sei, doch dürfte der heutige Tag lediglich durch wichtige Besprechungen ausgefüllt werden. Erforderlichenfalls wird dann der Kronrat für morgen einberufen werden. An einer solchen Sitzung würde natürlich auch der Kronprinz teilnehmen.“

Ein Kronrat in Berlin?

Berlin, 13. Jan. (Z.M.) Das Eintreffen des Thronfolgers in Berlin wird, wie die „Tägliche Rundschau“ berichtet, mit einem Kronrat in Verbindung gebracht, der am heutigen Sonntag stattfinden soll. Die Vermutung liegt nahe, daß auch Hindenburg und Ludendorff, deren Eintreffen ebenfalls bekannt gegeben wurde, an diesem Kronrat teilnehmen. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ soll es sich um die endgültige Regelung der Ostfragen handeln, während die „Kreuzzeitung“ betont, daß die Reichsleitung sich in diesen Tagen in der Tat vor Entscheidungen gestellt sieht, die für den weiteren Verlauf und den Ausgang des Krieges von größter Bedeutung sind.

Bedeutende politische Beratungen und Entschlüsse stehen bevor. Die Besprechungen zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Reichsleitung wurden eingeleitet durch den geistigen Empfang des Kronprinzen beim Kaiser und durch die gestrige Konferenz zwischen Hindenburg und Ludendorff und zahlreichen leitenden Persönlichkeiten. Die wichtigste Besprechung ist auf heute nachmittags 5 Uhr zwischen der obersten Heeresleitung und dem Reichskanzler Graf Hertling angelegt. Das Ergebnis dieser Konferenz wird sojamm den Gegenstand der Besprechungen beim Reichskanzler bilden, die auf morgen anberaumt sind.

Die Friedensverhandlungen.

Ausschußberatungen.

Brest-Litowsk, 11. Jan. (W.B.) Im Sinne des in der gestrigen Plenarsitzung gefassten Beschlusses traten gestern nachmittags die Abgeordneten der Delegationen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Rußlands zu einer Besprechung zusammen. Es wurde vereinbart, daß die von der russischen Delegation am 27. Dezember vorgeschlagene Kommission zur Beratung politischer und territorialer Fragen gebildet werden soll, und daß parallel mit den Beratungen dieser Kommission Vorbesprechungen der Fachreferenten der einzelnen Delegationen über die Regelung der wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen stattfinden hätten. Es wurde des weiteren vereinbart, daß die erwähnte Kommission am 11. Januar vormittags 10 Uhr ihre Beratungen beginnen sollte. Von deutscher und österreichisch-ungarischer Seite wurden in die Kommission entsandt: die Vorsitzenden der beiden Delegationen, je ein diplomatischer und militärischer Beigeordneter und je zwei Sekretäre. Die russische Delegation bezieht sich die Beschlussefassung über die Zahl der in die Kommission zu entsendenden Mitglieder vor. Diese Kommission konstituierte sich vormittags 10 Uhr und begann ihre Beratungen, die um 1 Uhr nachmittags unterbrochen und um 5 1/2 Uhr fortgesetzt wurden.

Plenarsitzung vom 12. Januar.

Brest-Litowsk, 12. Jan. (W.B.) Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung, die um 11.30 Uhr vormittags eröffnet wurde, gab der Vorsitzende Graf Czernin folgende Erklärung ab.

„In der Plenarsitzung vom 10. ds. Mts. hat der Herr Staatssekretär der ukrainischen Volksrepublik den Delegationen der vier verbündeten Mächte die Note des Generalsekretariats der ukrainischen Volksrepublik vom 24. Dezember Nr. 726 übergeben. Diese Note enthält unter Punkt 7 die Erklärung, daß die durch das Generalsekretariat vertretene ukrainische Volksrepublik in völkerrechtlichen Angelegenheiten selbständig auftritt und daß sie gleich

den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilzunehmen wünscht.

In Erwiderung hierauf beehre ich mich, im Namen der Delegationen der vier verbündeten Mächte nachstehendes zu erklären:

Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an. Die formelle Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik als selbständiger Staat durch die vier verbündeten Mächte bleibt dem Friedensvertrag vorbehalten.

Herr Trojki, der sich hierauf das Wort erbat, führte folgendes aus:

Im Zusammenhang mit der soeben in der Erklärung der Delegationen des Vierbundes behandelten Frage erachte ich es als notwendig, zum Zwecke der Information und behufs Beseitigung möglicher Mißverständnisse, folgende Erklärung abzugeben:

Dieserjenige Konflikt, die sich zwischen der russischen Regierung und dem Generalsekretariat ergeben haben und deren tatsächliche Seiten mehr oder weniger allen Anwesenden bekannt sind, hatten und haben keinen Zusammenhang mit der Frage der Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes. Sie sind durch die Widersprüche in der Politik der Sowjets, der Volkskommissare und des Generalsekretariats entstanden. Widersprüche, die ihren Ausdruck erhalten sowohl auf dem Territorium der Ukraine, wie auch außerhalb ihrer Grenzen. Was nun die faktisch vor sich gehende Selbstbestimmung der Ukraine in Gestalt einer Volksrepublik anbelangt, so kann dieser Vorgang keinen Raum für Konflikte zwischen den beiden Bruderrepubliken geben. In Anbetracht dessen, daß es in der Ukraine keine Okkupationsstruppen gibt, daß das politische Leben dort frei verläuft, daß es dort weder mittelalterliche Ständeborgern gibt, die ihr Land repräsentieren wollen, noch von oben auf Grund der Machtstellung ernannte Schichtministerien, die innerhalb der Grenzen handeln, die ihnen von oben eingeräumt werden, in Betracht ziehend, daß auf dem Territorium der Ukraine überall frei gewählte Sowjets der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten existieren, und daß bei der Wahl aller Organe der Selbstverwaltung das Prinzip des allgemeinen, gleichdirekten und gehehmen Wahlrechts angewendet wird, gibt es und kann es keinen Zweifel geben, daß der Prozeß der Selbstbestimmung der Ukraine in den geographischen Grenzen und in den staatlichen Formen, die dem Willen des ukrainischen Staates entsprechen, seine Vollendung finden wird. In Anbetracht des Vorstehenden und in Uebereinstimmung mit der in der Sitzung vom 10. Jan. abgegebenen Erklärung sieht die russische Delegation keinerlei Hindernisse für eine selbständige Teilnahme der Delegation des Generalsekretariats an den Friedensverhandlungen.

Der ukrainische Staatssekretär Holubowitsch erklärte hierauf, die Deklaration der vier verbündeten Mächte zur Kenntnis zu nehmen. Auf Grund derselben werde seine Delegation an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

General Hoffmann, der hierauf das Wort ergriff, bemerkte, er habe aus der Antwort des Vorsitzenden der Petersburger Delegation auf seinen Protest ersehen, daß Herr Trojki nicht verstanden habe, warum die von ihm beanstandeten Funksprüche und Veröffentlichungen gegen den Geist des Waffenstillstandes verstießen. Am Kopfe des Waffenstillstandsvertrages ständen die Worte: „Zur Herbeiführung eines dauerhaften Friedens“. Die russische Propaganda verstöße hiergegen, weil sie nicht einen dauerhaften Frieden anstrebte, sondern Revolution und Bürgerkrieg in unsere Länder tragen möchte.

In seiner Antwort verbot der Vorsitzende der russischen Delegation darauf, daß die gesamte deutsche russische Presse in Rußland zugelassen sei und zwar auch jene, die den Ansichten der russischen reaktionären Kreise entspräche und die dem Standpunkt der Regierung der Kommission zuwiderlaufe. Es herrsche also vollkommene Parteilichkeit in dieser Frage, die mit dem Waffenstillstandsvertrag nichts zu tun habe.

General Hoffmann replizierte hierauf, daß sein Protest sich nicht gegen die russische Presse gerichtet habe, sondern gegen die offiziellen Regierungskundgebungen und die offizielle Propagandatätigkeit, die mit der Unterschrift des Oberkommandierenden Krylenko versehen seien. Der Oberbefehlshaber Ost und der Staatssekretär des Aeußeren betrieben keine analoge Propaganda.

Herr Trojki erwiderte hierauf, daß die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages keine Beschränkung für die Äußerung der Meinung der Bürger der russischen Republik oder ihrer regierenden oder leitenden Kreise enthalten oder enthalten könnten.

Staatssekretär v. Kühlmann stellte zu den Bemerkungen des Vorsitzenden der russischen Delegation fest, daß die Nichteinmischung in die russischen Verhältnisse ein feststehender Grundsatz der deutschen Regierung sei, der aber natürlich volle Gegenseitigkeit erheische.

Herr Trojki entgegnete, die Parteien, die der russischen Regierung angehörten, würden es als einen Schritt vorwärts anerkennen, wenn die deutsche Regierung sich frei und offenberzig über ihre Ansichten bezüglich der inneren Verhältnisse Rußlands ausspreche, insofern sie dies für notwendig erachten würde.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Friedensbedingungen der Türkei.

Bern, 12. Jan. Der hiesige türkische Gesandte Suad Selim Bey erklärte einem Mitarbeiter des „Bund“, über die Stellung der Türkei zur Friedensfrage u. a. folgendes: Auch die Türkei ist gerne bereit, das Ihre an großen Friedenswerk mitzuwirken. Wir fordern: 1. Integrität des gesamten osmanischen Gebietes, auch verlassene, unter dem Namen von Autonomie oder Suzeränität verborgene Abtrennungen werden wir nicht zugeben. 2. Die Anerkennung unseres von den uns verbündeten Staaten angenommenen Rechtes auch im Innern unser eigener Herrscher sein, politisch wie wirtschaftlich. Mit diesen Bedingungen stehen und fallen wir. Daß wir natürlich freiwillig alles anbieten werden, ohne Zwang von außen das Bos aller Rationalitäten in jeder Weise dem Fortschritt anzupassen, ist eine andere Sache. Wir verschließen uns keiner Forderung der Zeit. Was für Oesterreich-Ungarn gilt, gilt auch für uns: Wir wollen Herr sein im eigenen Haus, darin aber allen Bewohnern ein Heim bereiten, das dem Zeitgeist entspricht. Die vollste Integrität der Türkei ist ein *conditio sine qua non* des Friedens. Wir sind felsenfest überzeugt, daß unsere Verbündeten nach den ungeheuren Opfern, die wir für die gemeinsame Sache gebracht haben, darauf bestehen werden, daß die Integrität der Türkei nicht angetastet werde. Es ist ja klar, daß der Sturz des Jarrismus nicht allein den grandiosen Taten Hindenburgs zu verdanken ist, sondern in bedeutendem Maße auch der Schöpfung und Verteidigung der Dardanelen. Zum Eintritt in die Gemeinschaft der Nationen sind wir ebenso gerne bereit, wie zur Mitarbeit an der Beseitigung des Militarismus. Wenn man uns endlich in Ruhe lassen wird, wenn die auswärtigen Intrigen bei uns endgültig aufhören werden, wird sich rasch zeigen, daß wir grundlegender sozialer und wirtschaftlicher Reformen durchaus fähig sind, und daß unsere Nation es verdient, ihr eigenes Leben im Rate der Völker fortzusetzen.

Die Letten gegen die Zurückziehung der deutschen Truppen.

Berlin, 12. Jan. (Z.M.) Wie aus Riga berichtet wird, veröffentlicht die dortige lettische Zeitung Artikel gegen eine etwaige Räumung der besetzten Gebiete durch die deutschen Truppen. Veranlaßt durch Schreckensnachrichten aus den hinter der Front liegenden Teilen von Estland und Ostland, wo alle Recht und Ordnung aufgelöst ist, wird die Befürchtung ausgesprochen, daß nach einer etwaigen Zurückziehung der deutschen Truppen aus den von ihnen besetzten Gebieten diese der Gewalttätigkeit und Anarchie preisgegeben sein würden.

Zur polnischen Frage.

Berlin, 11. Jan. Im Zusammenhang mit den durch die Anwesenheit der polnischen Regierung angeregten Erörterungen und Erwägungen dürfte es interessieren, daß nach Andeutungen von gut unterrichteter Seite die sogenannte österreichisch-polnische Lösung durchaus nicht so aussichtsreich ist, wie gemeinlich angenommen wird. Welchen Einfluß hierbei die wirtschaftlichen Gesichtspunkte haben, möge dahingestellt sein.

Der Friedensgedanke in der Entente.

Rotterdam, 12. Jan. „Daily Chronicle“ meldet den bevorstehenden Zusammentritt einer Konferenz britischer Dominions zur Vorbereitung einer allgemeinen Friedenskonferenz.

Nach einer Meldung der in Rom erscheinenden „Italia“ beantragt Italien bei der in Paris demnächst stattfindenden Beratung der Ententemächte die Unterbreitung direkter Friedensvorschläge an die feindlichen Mächte.

Die Wirren in Rußland.

Petersburg, 12. Jan. (W.B.) Nach einer Meldung der Neudorfer haben die Volksbeauftragten die Beschlagnahme der Butifontwerke in Petersburg, wegen Verschuldung der Gesellschaft, ferner der Wagenbauanstalt der Inter-

nationalen Schlafwagen-Gesellschaft „wegen Weigerung der
Belting, die Arbeit fortzuführen“, verfügt.
Wie das Reiterbüro meldet, haben ukrainische Truppen
nach einem heftigen Kampf die Grenzstadt in Gouvernment
Tschernigow besetzt.
„Nach Bjael“ veröffentlicht eine Unterredung mit Kala-
din, in der dieser erklärte, der Gedanke einer konstituieren-
den Versammlung sei für gebildete Menschen zweifellos wert-
voll, für die breiten Massen jedoch ganz gleichgültig. Es
sei jetzt nicht an der Zeit, sich mit solchen Fragen zu be-
schäftigen, da die Aufgabe vorläufig darin bestehe, die eigen-
en Gebiete zu retten. Aus zuverlässiger Quelle verlautet,
daß Kaledin in drahlloser Verbindung mit dem englischen
Hauptquartier in Mesopotamien steht.

Eine russische Donquixoterie.

Petersburg, 12. Jan. (W.B.) Wie das Reiter-
büro meldet, hat Kreslento eine lange Kundgebung erlassen,
in der er schildert, wie die russische Republik und die Arbeiter-
und Soldatenräte von Feinden umgeben seien und in der er
den heiligen revolutionären Krieg gegen das russische,
deutsche, englische und französische Bürgertum ins Auge faßt.
Er sagt, für diesen Zweck müsse ein neues Heer aufgestellt
werden. Er fordert daher alle Regimenter, Bataillone und
Kompagnien auf, in dieses einzutreten.

Wie der „Matin“ aus Stockholm erzählt, erklärte ein
russischer Offizier, die russische Front werde lang-
sam ab. Auch die Offiziere würden fähnenstüchtig. Die Sol-
daten schliefen und ließen alles verfallen. Die Schützengräben
seien in einem kläglichen Zustand.

Die Sabotage-Agentur meldet über Kiew aus Tokio,
Japan sei bereit, Truppen nach Wladiwostok zu sen-
den, wenn die Interessen der Alliierten bedroht würden.
Die Lage in jener Gegend sei kritisch.

Die Russen in Frankreich.

Berlin, 11. Jan. Die russische Kolonie in Lausanne
erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß die Russen in Frank-
reich von der Bevölkerung außerordentlich schlecht
behandelt und in Verruf erklärt würden. Das Leben
für sie sei gegenwärtig in Frankreich ein wahres Martyrium.
Dazu sind Nachrichten eingelaufen, daß auch neuerdings wieder
unter den Mannschaften der russischen Hilfstruppen,
die in Frankreich inhaftiert gehalten werden, zahlreiche Er-
schießungen vorgenommen worden sind.

Deutschland.

Das Besseltreiben gegen die Vaterlandspartei.

Die Hege gegen die deutsche Vaterlandspartei,
die sich in den letzten Wochen in den demokratisch gesinnten
Blättern zu ungezügelter Ausbreitung einer sinnlosen Wut
steigerte und im „Vorwärts“ und den ihnen nahe stehen-
den Organen „Berl. Tageblatt“ und „Frankfurter
Zeitung“ den Gipfel des Wahnsinns erreichte, versucht
gewisse Vorkommnisse in der am 7. Januar abgehaltenen
Versammlung des Landesvereins Groß-Berlin der „deut-
schen Vaterlandspartei“ als verwerfliche Propagandamittel
für ihre Machte auszubeuten. Eine Verächtlichmachung der deut-
schen Vaterlandspartei stellt folgendes fest:

Es ist unrichtig, daß vom Leiter der Presse-Abteilung
der deutschen Vaterlandspartei, Axel Rippe, Mitglied des
Bundes der Kriegsbeschädigten zu der am Montag, den
7. Januar 1918 stattgehabten Versammlung der deutschen
Vaterlandspartei unter ausdrücklicher Zusage der
Nebefreiheit eingeladen worden sind. Richtig dagegen ist,
daß lediglich Dr. Bresin eingeladen war. Richtig ist ferner,
daß nachträglich durch polizeiliche Verfügung jede
Ausprache verboten worden ist.

Es ist unrichtig, daß der Abgeordnete Fuhrmann die
anwesenden Kriegsbeschädigten als Deserteure verächtlich
hat, „die Hindenburgs und Ludendorffs Fahnen verlassen
hätten, um ihren kämpfenden Kameraden an der Front
in den Rücken zu fallen.“ Richtig dagegen ist, daß der
Abg. Fuhrmann unter Hinweis auf den Beschluß der
sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 6. Januar ge-
sagt hat: „Wer den traurigen Mut hat, sein Vaterland in
der schwersten Stunde des Krieges im Stiche zu lassen, der
verläßt Hindenburgs und Ludendorffs Fahnen, um den
kämpfenden Kameraden im Schützengraben in den Rücken
zu fallen.“

Es ist unrichtig, daß die Unruhen der Versammlung
durch die Worte des Abg. Fuhrmann entstanden sind. Rich-
tig dagegen ist, daß die Unruhe erst entstand, als Dr.
Bresin durch laute Zurufe die anwesenden
Kriegsbeschädigten zu Protesten aufrief.

Es ist unrichtig, daß Kriegsbeschädigte in roher Weise
mit Stöcken geschlagen und gestochen wurden, weil sie
durchaus parlamentarische Zwischenrufe taten. Richtig da-
gegen ist, daß vom Publikum versucht wurde, Ruhestörer
wegen andauernden Pöbels und unparla-
mentarischer Zwischenrufe aus dem Saale zu
entfernen, wobei infolge des gegenseitigen Widerstandes
nicht nur Kriegsbeschädigte, sondern auch Mitglieder der
Vaterlandspartei gestochen wurden. Weitere Unruhe ent-
stand erst, als der aus dem Saale entfernte Dr. Bresin
nach einiger Zeit ruhestörend im Saale wie-
der erschien und darauf von der Polizei wie-
der hinausgeführt wurde.

Aus der Berichterstattung geht die Halslosigkeit der demo-
kratischen Unterstellungen für jeden vernünftig Denkenden
klar hervor. Die Schuld an den bedauerlichen Vorkomm-
nissen in der Versammlung ist hiernach lediglich auf Seiten
der Ruhestörer zu suchen.

Die Kanzlerrede am nächsten Mittwoch.

Berlin, 12. Jan. Nach der „Voss. Zig.“ wird der
Hauptauschuss des Reichstages am kommenden Dienstag sich
noch mit der Frage des Gefangenenaustausches zu beschäf-
tigen haben, sodann aller Voraussicht nach die Rede des
Reichskanzlers über die politische Lage, in der er die jüngsten
Ausführungen Lloyd Georges und die Vorkämpfe des Präsi-
denten Wilson zu beantworten beabsichtigt, erst in der
Mittwochssitzung des Hauptauschusses erfolgen wird.

U-Bootsmeldungen.

Berlin, 12. Jan. (W.B. Amtlich.) Neue U-Boots-
erfolge im westlichen Teil des Sperrgebietes um England.
19.000 Gr. Me. T. In fähigen und geschickt durchgeführten
Angriffen schoß eines unserer U-Boots unter erheblicher feind-
licher Gegenwehr vier große Dampfer aus stark gesicher-
ten Geleitzügen heraus. Bei einem nächsten Angriff auf
einen starken Geleitzug gelang es dem U-Boot, durch schne-
lligen Rammangriff einen feindlichen U-Bootszerstörer derart
zu beschädigen, daß dessen Verlust mit hoher Wahr-
scheinlichkeit anzunehmen ist. Das U-Boot nahm hierbei außer
einer leichten Beschädigung am Bug keinerlei Schaden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 13. Jan. (Amtlich.) Bei starker Bewachung
und unter starker Regendwirkung, die vielfach auch durch
feindliche Luftstreitkräfte ausgeübt wurde, versenkten unsere
U-Boote im Kermel-Kanal und an der englischen Ostküste
fünf größere Dampfer. Die Mehrzahl der Schiffe war tief
beladen und bewaffnet.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die feindlichen Schiffsverluste.

Berlin, 12. Jan. (W.B.) Die englische Schifffahrt klagt
in der letzten Zeit in steigendem Maße über die Verluste.
Der Geschäftsführer der London American Maritime Tra-
ding Company erklärte kürzlich auf der Generalversammlung
der Gesellschaft, daß von den unter seiner Leitung stehenden
14 Dampfern nicht ein einziger sei, der nicht mit dem Feinde
zu tun gehabt hätte. Die Gesellschaft habe eine große Anzahl
Schiffe im Laufe des Jahres verloren. Auf der Jahres-
versammlung der Witte Shipping Co. erklärte der Vor-
sitzende, zweieinhalb Jahre lang seien die Schiffe der Gesellschaft
verhältnismäßig frei von Verlusten durch den Feind gewesen.
Im Jahre 1917 seien dagegen fünf Dampfer verloren ge-
gangen. Wie man in englischen Marinekreisen über den jetzi-
gen Stand der U-Bootsgefahr denkt, ergibt sich aus einem
Artikel des „Nautical Magazine“ in der Dezembernummer,
in welchem gesagt wird, daß ein Schiff unter Umständen be-
trächtliche Zeit fahren könne, ohne ein Unterseeboot zu sehen,
aber schließlich hätten solche Schiffe doch nicht dauernd dieses
Glück, denn die U-Bootsbedrohung habe sich kürzlich er-
heblich verstärkt. Das jetzt angeordnete Verbot sei kleiner
als bisher und weniger zu sehen. Das Ergebnis unserer
Verluste gibt diesen dätteren Stimmen allerdings Recht.

London, 12. Jan. (W.B.) Neutermeldung. Die Admi-
ralität teilt mit: Der Torpedoböjser „Rafoon“ lief
an der Nordwestküste von Island am 8. Januar während
eines Schneesturmes auf die Felsen auf und ging mit der
ganzen Besatzung verloren. 22 Leichen wurden aufgefischt.
— Zwei Dampfer, die Mitte Dezember von Clyde nach
Waterford ausfahren und zusammen 85 Mann Besatzung an
Bord hatten, sind seitdem verschollen. Man glaubt, daß sie
U-Booten zum Opfer gefallen sind.

Die Luftangriffe im Dezember.

Berlin, 13. Jan. (W.B. Amtlich.) Luftangriffe auf
das deutsche Helmatgebiet im Dezember. Im Dezember un-
ternahm der Gegner 13 Luftangriffe auf das deutsche Hel-
matgebiet. Sechs Angriffe galten dem lothringisch-luxem-
burgischen Industriegebiet, sieben Angriffe der Stadt Frei-
burg sowie anderen Städten in Baden, den Städten Mann-
heim, Saarbrücken und Zweibrücken. Bis auf eine Be-
triebsstörung, die durch ein Bombentreffer in die Gas-
leitung eines Eisenwerkes verursacht wurde, war das Er-
gebnis der Angriffe bedeutungslos; der Schaden an privatem
Eigentum war im ganzen gering. Durch die Angriffe wur-
den sieben Personen getötet, 31 verletzt, darunter fran-
zösische Kriegsgefangene. Ein feindliches Flugzeug wurde
innerhalb des deutschen Heimatgebietes, ein anderes jen-
seits der Linien abgeschossen.

Frankreich.

Eine fürmische Kammerzählung.

Von der schweizerischen Grenze, 12. Jan. Zur
vorgestrigen Kammerzählung meldet der Schweizerische Pres-
se-telegraph: Der Minister des Auswärtigen, Stephen Pichon, gab
während seiner großen Kammerrede wichtige Erklärungen ab,
die fürmische Zwischenfälle veranlassen und dazu
führten, daß auch ein Teil der radikal-sozialistischen Fraktion
sich der sozialistischen Opposition anschloß. Pichon teilte mit,
er habe nach seiner Kammerrede vom 7. Dezember bei den
Verbandsmitgliedern telegraphisch angefragt, ob eine Verständi-
gung über die Abgabe einer gemeinsamen Kriegsziel-
erklärung möglich sei. Die diplomatischen Verhandlungen
hätten zu einem guten Ergebnis geführt, man habe es aber
vorgezogen, daß jeder der großen Verbandsstaaten eine eigene
Erklärung abgebe, da man ja über die Grundlagen einig
sei. Albert Thomas verlangte in einem Zwischenruf, Pichon
möge auf der Abgabe einer gemeinsamen Erklärung beharren.
Der Sozialist Moutet forderte den Minister auf, die diplo-
matischen Altentwürfe über die von ihm erwähnten Verhand-
lungen mit den Verbänden vorzulegen. Unter dem fürmischen
Widerpruch der Rechten rief Moutet wiederholt: „Lesen Sie
die Dopechen vor, lesen Sie vor!“ Der Ministerwiderte mit
erhöhter Stimme, um nichts in der Welt werde er das diplo-
matische Geheimnis preisgeben. Das würde das Bundesver-
hältnis innerhalb des Verbandes gefährden. Pichon setzte hinzu,
unter keinen Umständen werde Frankreich bereit sein, die mit
Italien, Serbien, Rumänien und Belgien ab-
geschlossenen Verträge zu brechen. Moutet unter-
brach: „Was steht in diesen Verträgen? Wir kennen sie nicht.“
Pichon erwiderte: „Wir haben Verträge, wir müssen sie ge-
genständig halten.“ Moutet: „Das ist nicht richtig!“ Dieser Wort-
wechsel gab Anlaß zu lärmenden Zwischenfällen. Der Sozialist
Roux-Godard widersprach dem Satz Pichons vom Sieg, der
vor aller Dingen erkämpft werden müsse. Er wurde zur Ord-
nung gerufen. Der Vizepräsident in diesem Augenblick un-
bescheidlich. Der Führer der Minderheitssozialisten Vougeot
und der sozialistische Radikale Symian wurden handgreif-
lich. Als die Ruhe wiederhergestellt ist, und Pichon die
Rede wieder aufnehmen konnte, wiederholte Albert Thomas
die Forderung nach einer gemeinsamen Kriegszielnote des Ver-
bandes. Hier ergriff Briand das Wort und erinnerte Thomas
daran, daß er selbst mit ihm an der Antwort auf die
erste Friedensbotschaft Wilsons mitgearbeitet habe
und daher wissen müsse, daß damals die Verhältnisse anders
gelegen hätten. Wenn man damals nicht gewisse Verträge
über die Kriegsziele einzelner Verbändeter ab-

geschlossen hätte, wäre Frankreich vereinzelt worden.
Pichon schloß seine Rede, indem er betonte, der Feind sei
ehrgeiziger und anexionistischer denn je. Die Regierung könne
sich daher nicht in das Abenteuer einlassen, nach Bresin-
Batailf zu gehen. Man warte ab, bis in Petersburg eine
ordnungsgemäß gewählte dauernde Regierungsgewalt entstehe.
Die jetzigen maximalistischen Machthaber dienten bewußt oder
unbewußt der Sache des Feindes, und würden die Mehrheit
der russischen Nation nicht vertreten. Auf die Rede Pichons,
der von den Ministern und zahlreichen Abgeordneten beglück-
wünscht wurde, erwiderten nach einer halbständigen Unter-
brechung der Sitzung Renaudel und Moutet in erregten Aus-
einandersetzungen, die zu neuen Zusammenstößen führten.
Namentlich Renaudel glaubte aus den Erklärungen Pichons
folgern zu müssen, daß in Wirklichkeit innerhalb des
Verbandes kein Einberufen aller Verbände über alle
Kriegsziele bestehe. Die ganze Politik Clemenceaus
sche in Widerspruch zu der Wilsons. In
allen seinen Leitartikeln habe sich Clemenceau aber den von
Wilson verlangten Vorkerbund lustig gemacht. Die diplomatische
Uneinigkeit des Verbandes lasse auf der ganzen Kriegspoliti-
k. Clemenceau sage: Siegen, um gerecht zu sein — der französische
Sozialismus müsse aber gerecht sein, um zu siegen. Die
Vernichtung der Mittelmächte zu wünschen sei un-
moralisch, und sie sei militärisch unausführbar. Renaudel
griff dann die französischen Posten an, die noch immer
das linke Rheinufer verlangten. Dies führte zu neuen hefti-
gen Zwischenfällen. Der Abgeordnete Tournaud wirt sich
von seinem Platz aus auf die Sozialisten. Renaudel fuhr fort
und beschuldigte seine Forderung nach amtlicher Fühlungs-
nahme mit den russischen Maximalisten. Er ver-
langte, daß die Regierung die beginnende demokratische Reife
des deutschen Volkes beachten solle. Er schloß mit der For-
derung der Einberufung eines Verbandstages, der das gemein-
same Friedensprogramm ausarbeiten sollte. Bei der Ab-
stimmung über die Tagesordnung kam es zu einem Zusam-
stoß zwischen den Sozialisten und Agnateur, der die Ver-
weigerung der Pässe nach Petersburg verteidigte. Der ganze
Schluß der Sitzung vollzog sich unter großer Aufregung und
starkem Lärm. Im Namen eines Teiles der sozialistischen
Radikalen gab der Abgeordnete Dalbiez die Erklärung ab,
die Auffassung sei ungenügend. Frankreich habe nicht das
Recht, sich in die innere russische Politik einzumischen. Dal-
biez verlangte die Einberufung einer Kriegszieltagung des
Verbandes. Das Abstimmungsergebnis über die Vertrauens-
tagungsordnung ergab nach der Mithingstellung 377 gegen 119
Stimmen. Die Minderheit umfaßt 85 unifizierter Sozialisten,
23 sozialistische Radikale, 3 republikanische Sozialisten und
2 Unabhängige.

Amerika.

Ein schwerer Schlag für die Entente.

Basel, 12. Jan. Wie Reuter aus Washington
berichtet, hat die amerikanische Regierung angehts der
Lebensmittelverhältnisse in Europa Vorkehrungen getroffen zur
Lieferung von weiteren 90 Millionen Schefel Weizen
(soll wohl heißen: „Bushels“; 90 Mill. Bushels = 2 1/2 Millio-
nen Tonnen. D. Red.) nach Europa, um dem dort her-
schenden Mangel abzuhelfen, obwohl die Höchstmenge der nor-
malen Ausfuhr schon gegen Ende Dezember verfallen war.
Das amerikanische Volk wird zu strenger Sparsamkeit ange-
halten, um den durch diese 90 Millionen verursachten Aus-
fall wieder einzubringen. Man plant die Einführung weizen-
loser Tage. Desgleichen sind Vorschriften für die obli-
gatorische Mischung verschiedener Weizenarten und die Herstellung
von Kriegsbrot in Vorbereitung. Es wird betont, daß
alles geschehen soll, um die Lage in Europa zu bessern, auch
wenn sich hieraus eine Wehnot in den Vereinigten Staaten
ergeben sollte. Die Entscheidung, ob das Abkommen mit den
Alliierten über den Transport amerikanischer Trup-
pen nach Europa dadurch berührt wird, bleibt den Alliierten
überlassen. Einzelne amerikanische Beamte sind der Ansicht,
daß die Alliierten vorerst der Lieferung von We-
treide den Vorzug geben werden.

Zu der Nachricht aus Washington, daß Amerika Weizen,
aber keine Truppen nach Europa schicken wolle,
heißt es in der „Nord. Allg. Zig.“: Die von Reuter in hoch-
schätzlicher Form verbreitete Nachricht bedeutet den zweiten
schweren Schlag, den die Entente nach vier Kriegsjahren er-
leidet. Entschieden man die Weidung aller höllischen Umschrei-
bungen, so ergibt sich der Entschluß, für absehbare Zeit nicht
auf das europäische Schlachtfeld zu gehen.“

England.

Judien fordert Selbständigkeit.

Haag, 12. Jan. Aus London wird berichtet: Die
Nationalitätenkonferenz in Kalkutta (Indien) hat in ihrer
Schlußsitzung mit allen Stimmen einen Antrag angenommen,
worin die Einsetzung einer verantwortlichen und selbständi-
gen Regierung in Indien in einem bestimmten, kurzen Zeit-
raum gefordert wird. In der Zwischenzeit soll eine vorläufige
Regierung, wie der Kongreß der Mohammedaner sie
vorgeschlagen hat, Indien verwalten.

Die Tagesberichte.

Der deutsche amtliche Bericht.

Großes Hauptquartier, 12. Jan. (W.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegshauptplatz:

Die Gefechtsverhältnisse blieben auf Artillerie- und Wurf-
minenkämpfe an verschiedenen Stellen der Front beschränkt.

Ostlicher Kriegshauptplatz:

Nichts Neues.

An der mazedonischen und italienischen Front
ist die Lage unverändert.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Großes Hauptquartier, 13. Jan. (W.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegshauptplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bestrich und nördlich von Armentieres sowie in
der Gegend von Lens war die englische Artillerietätigkeit

über sie; auch in den anderen, Abschnitten lebte sie prächtig auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

In vielen Stellen der Front Artilleriekampf. Stärkere französische Abteilungen, die nördlich von Reims, in der Champagne und nördlich von Abocourt zur Erkundung vorgehen, wurden im Nahkampf zurückgeworfen. Südwestlich von Drué brachte ein eigenes Unternehmen Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht

Auf den östlichen Maasböden und in den mittleren Vogesen zeitweilig erhöhte Feueraktivität.

In zahlreichen Luftkämpfen wurden gestern sechs feindliche Flugzeuge und drei Hubschrauber abgeschossen.

Gesittlicher Kriegsschauplatz:

Nichts Neues.

Razebonische und iraktenische Front:

Die Lage ist unverändert.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 13. Jan., abends. (W. V. Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische amtliche Bericht.

Wien, 12. Jan. (W. V.) Amtlich wird verlautbart:

Gesittlicher Kriegsschauplatz:

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Keine Ereignisse von Belang.

Wien, 13. Jan. (W. V.) Amtlich wird verlautbart:

Beiderseits der Brenta nahm das Artilleriefeuer vorübergehend an Stärke zu.

Zwei Jahre allgemeiner Wehrpflicht in England.

Von Oberst Immanuel.

Am 6. Januar sind es zwei Jahre gewesen, daß sich England zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verhalten mußte, um jetzt nach zweijähriger Erprobung im Felde einzusehen, daß die Maßnahme in den damaligen Grenzen eine nicht ausreichende gewesen ist und einer durchgreifenden Erweiterung bedarf. Der Gedanke, daß sich der „freie“ Engländer dem Dienstzwange unterwerfen muß, lag dem englischen Volke ursprünglich ganz außerhalb des Vorstellungskreises. Gewiß, man trieb allen möglichen Sport und war auf diesem Gebiete allen anderen Völkern voran. Auch hatte man sich an den Dienst der „Freiwilligen“ gewöhnt, der aber mit dem Ernste des wirklichen militärischen Dienstes nichts gemein hatte und nicht anders als eine Spielerei einzuschätzen war. Den Dienst im Lande verfaß der angeordnete Soldner, den man gut bezahlte, von dem man aber gesellschaftlich und moralisch abrückte. Er führte Englands Eroberungskriege auf allen Kampfplätzen des weiten Kolonialreiches und zahlte mit seinem Blute die Erweiterungen des englischen Handels und die Unerfährlichkeit der britischen Vándergier. Der Burenkrieg hatte gelehrt, daß die Vándmacht Englands unzureichend sei, um in gemessener Zeit einen großen Krieg zu führen und siegreich zu bestehen. So hoffte England, daß Frankreich und Rußland ihm die fehlenden Soldaten stellen werde, als Eduard VII. den Knoren des Weltkrieges schürzte.

Aber es kam ganz anders, als man in England es sich gedacht hatte. Ein englisches Heer von etwa 6 Infanterie- und 2 Reiterdivisionen, kaum mehr als 100 000 Mann, war die Kampfstärke, mit der England im August 1914 den Franzosen zu Hilfe eilen konnte. Diese Soldnertruppe kämpfte bei Valenciennes und St. Quentin tapfer im Sinne eines langgedienten Berufsheeres, erwies sich aber an Zahl wie an Leistung den Deutschen als unebenbürtig. In den Marneschlachten vom September 1914 war die Unstimmigkeit zwischen den Franzosen und Engländern recht offenkundig, denn die französische Heerführung nahm den Erfolg für sich in Anspruch und rechnete es dem englischen Heere French zu, wenn die Deutschen unbesiegt an die Rheine zurückgehen konnten. In England aber hatte man gar bald erkannt, daß der Krieg in Frankreich und Flandern nicht bloß mit französischem Blute geführt werden konnte, während England gewissermaßen nur zu seiner Rettung ein kleines Heer neben den Millionen des französischen im Felde hatte. Daher griff England mit bitterer Miene auf die eigenen Kräfte zurück, soweit sie sich nach der bestehenden Wehrverfassung beschaffen ließen. Alle Reserven des Soldheeres wurden herangezogen, die Freiwilligen halfen aus, Kanada und Australien stellten recht erhebliche Hilfstruppen für das Mutterland, Indien mußte für seine Beherrscher auf den Schlachtfeldern Frankreichs und anderwärts bluten. So gelang es, Anfang 1915 rund eine Million Soldtruppen vor den Feind zu bringen.

Aber dieses Aufgebot genügte nicht. Noch sparte England das Blut der eigenen Vánderkinder und ließ den Krieg für seine Eroberungspläne, wie früher, durch Hilfsvölker führen, mochten sie kommen, woher sie wollten. Gutachter zehnte der Kampf gegen die Deutschen am französischen Heere, das sichtlich zusammenschrumpfte und doch noch immer fünf Sechstel der flandrisch-französischen Front zu versehen hatte. Die Champagneschlachten verbrauchten die Kräfte Frankreichs, vor Arras und bei Ypern schmolzen neben den französischen auch die englischen Verbände dahin. Wollte man die Franzosen überhaupt noch bei der Sache halten und ihre schwindende Kampffähigkeit vor dem Verfall bewahren, so mußte England selbst Hand anlegen und aufs Ganze gehen.

Werkwürdige Fügung des Schicksals! England brüstete sich mit besonderer Vorliebe damit, daß es den Krieg im Sinne der Menschheit führte und den deutschen „Militarismus“ ausrotten wollte. Nun aber mußte es selbst sich unter jenen verhassten Militarismus beugen und in ihm die Rettung seiner Sache erblicken. Freilich darf man die allgemeine Wehrpflicht in England nicht in dem Sinne betrachten, wie wir sie verstehen. Bei uns ist sie ein Jahrhundert alt und gehört zu den Schätzen unseres Volkstums, dessen große Schule sie ist. In England wurde sie geboren aus der Not der Zeit und als ein unheilvoller Zwang empfunden, den man sobald als möglich wieder abwerfen wollte. Das seinerzeit gegebene Versprechen, die Wehr-

pflucht nur für die Kriegsdauer beizubehalten, dürfte sich nach den Erfahrungen, die England sammelte, kaum aufrecht erhalten lassen. Die ganze zweite Hälfte des Jahres 1915 verging darüber, bis man zu einem festen Entschluß kam und die widerstrebenden Stimmungen niederbringen konnte. Alle möglichen Vorschläge wurden gemacht, bis man sich Anfang Januar 1916 auf das heute noch gültige Gesetz einigte. Die Dienstzeit wurde von 12 bis zum 41. Lebensjahre festgelegt, für die Verheirateten mit Kindern mancher Erleichterung gewährt, der Arbeit für Rüstungs- und Heimatzwecke ein großes Zugeständnis gemacht. Sehnsuchtsvoll wartete Frankreich, damals durch den deutschen Angriff auf Verdun besonders bedroht, auf das neue englische Millionenheer, dessen Gesamtzahl bereits auf 5 Millionen Mann berechnet wurde — natürlich eine Zahl, die sich bei stürkster Abrundung nach oben unter Zuhilfenahme aller Kriegsschauplätze und sämtlicher Abgaben hinter der Front vielleicht ergeben kann. Immerhin muß man es den Engländern lassen, daß der Lord neben den Grubenarbeiter, der Mann aus der Handelsstadt neben den Lastträger vom Hafen in den Schützengraben getreten ist. Das ist für den Engländer etwas ganz Außerordentliches, so wenig als es uns Deutsche wundert, die wir die ausgleichende und erziehende Macht der allgemeinen Wehrpflicht als etwas Selbstverständliches ansehen. Da Irland nicht als gleichberechtigt angesehen wurde, dehnte man das Wehrgesetz 1916 nur unter harten Einschränkungen auf Irland aus.

Zur Sommerschlacht im Juli 1916 hatte die englische Heerführung die ersten Heere am Feinde, die auf Grund der neuen Ordnung gebildet worden waren. Begeistert begrüßte England die Anfangserfolge dieser Truppen, um sehr bald zu erkennen, daß der gute Wille und die Masse ebenso wenig den Sieg an sich reißen können, wie die Hilfsmittel der neuesten Technik. Immerhin glaubte England jetzt mehr als jeher, im Rahmen des Verbandes auf dem Schlachtfelde zu tun und ebenbürtig, nicht allein als Geldgeber und Fabrikant, im Verbands zu stehen. Allein die Fortschritte der Sommerschlachten ließen auf sich warten, die Deutschen erwiesen sich als Gegner, die sich nicht so leicht von den Jungen, eben erst fertiggestellten Truppen über den Haufen werfen ließen. Die Verluste wuchsen gewaltig an, und wenn es im März 1917 auch den Anschein hatte, als ob die Deutschen zu weichen begannen, so stellte sich bald heraus, daß sie freiwillig ihre Front von der Somme zurücknahmen, um sich anderswo unter besseren Bedingungen schlagen zu können. England mußte im Sommer eine breitere Front als bisher übernehmen und hüfte bei seinen Durchbruchversuchen in den Abschnitten bei Arras, Ypern und zuletzt bei Cambrai so gewaltige Opfer ein, daß sich die Notwendigkeit einer sehr bedeutenden Aufrüstung des Heeres ergab.

Woher aber sollte man die Leute nehmen? Das bestehende Wehrgesetz gab keine Möglichkeit mehr, die Rüden zu füllen und noch eine erhöhte Menge Ersatz aus dem Lande herauszupressen.

Neben den überaus großen Kraftverbrauch traten zwei weitere Gründe, mit denen sich die englische Presse ernstlich beschäftigt: das Ausscheiden Rußlands aus dem Verbände und die Niederlage Italiens. Man rechnet an der Hand englischer Quellen damit, daß England etwa 2 Millionen Mann in Frankreich hat, die Truppen zweiter Linie mitgerechnet. „Die 2 Millionen Mann in Frankreich“, sagte der Militärkritiker Revington in der „Times“, „sind indessen nicht alle Kämpfer. Wenn wir unsere Stärke mit denen der Franzosen, Belgier, Amerikaner, Portugiesen das selbst zusammenrechnen, so ergibt sich eine Gesamtsstärke, die im Vergleich zu der des Feindes nicht ausreicht, um uns den Sieg durch großzügigen Angriff zu versprechen. Es nützt uns nichts, wenn wir Jerusalem und Bagdad eingenommen haben, aber auf dem Hauptkriegsschauplatz nicht erfolgreich sind.“ In diesem Sinne wird der englische Wehrbedarf an der französisch-flandrischen Front auf eine Million Mann berechnet, die solange ausreichen soll, bis die amerikanische Hilfe da sein kann. Daher schlägt der neue Befehlshaber vor, die allgemeine Wehrpflicht unter folgenden Gesichtspunkten zu erweitern: 1. Ausdehnung des englischen Gesetzes auf Irland unter Fortfall jeder Einschränkung zugunsten Irlands; 2. Heraufhebung der Dienstpflicht bis zum 50. Lebensjahre; 3. Aushebung der Achtzehnjährigen; 4. Aushebung aller Dienstbefreiungen der Verheirateten; 5. Nochmalige Stärkung der Rüstungsarbeiter zur Verwendung an der Front.

Es ist anzunehmen, daß mit Hilfe dieser Maßnahmen, deren Durchführung trotz der Gegenströmungen in den Arbeiterkreisen sicher sein dürfte, die Verrechnung des Feldheeres um eine Million ermöglicht werden kann. Demgegenüber aber erhebt sich die Frage, wann sollen denn diese Truppen fertig sein? Die Antwort wird dadurch zu unserem Vorteil lauten, daß wir freie Hand im Osten haben und mit Kampfproben Kräften auf dem entscheidenden Kriegsschauplatz auftreten können. Gerade diese Seite der jetzigen Lage wirft ihre Schatten auf England. Dort fühlt man die nahende Entscheidung und beginnt einzusehen, daß sich die allgemeine Wehrpflicht nicht mit einem bloßen Gesetz auf ihren vollen Umfang ausdehnen läßt. Die ist auf Englands Boden noch immer eine nicht recht heimische Pflanze. Wo aber keine Wurzel ist, wird die Reife der Frucht fehlen.

Tagesnachrichten.

Explosionen.

London, 12. Jan. (W. V.) In einem Schacht in Dalmerend in North-Staffordshire ereignete sich heute früh eine schwere Explosion. Zur Zeit der Explosion waren 247 Mann im Schacht. Bisher sind nur ungefähr 60 an die Oberfläche gekommen. Man glaubt, daß die Zahl der Toten groß ist.

Die pyrotechnische Fabrik in Carouge, einem Vorort Genfs, ist Freitag abend in die Luft geflogen. Die Fabrik stellt Kriegsmaterial für die Entente her. Einzelheiten fehlen.

Lokales und Provinzielles.

— Weitere Einschränkung des Personenverkehrs. Die durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten im Eisenbahnverkehr bestehen fort und verschärfen sich außerordentlich unter dem Einfluß ungünstiger Witterungsverhältnisse. Die Binnenverkehr ruht, so daß der auf den Binnenwasserstraßen sich bewegende Verkehr an dringendsten Gütern plötzlich auf den Eisenbahnweg übergegangen ist. Ganze große Kohlenverbrauchsgebiete, die jetzt überwiegend auf dem Wasserwege bedient werden, wie Berlin

und Süddeutschland, fallen jetzt ausschließlich den Eisenbahnen zu. Eine Abhilfe kann durch Einschränkung des Güterverkehrs nicht mehr erreicht werden, weil zur Zeit ohnehin nur dringende Güter befördert werden, die für die Kriegswirtschaft und für die Volksernährung (einschließlich der Hausbrandversorgung) erforderlich sind. Es muß erneut und unverzüglich eine Einschränkung des Personenverkehrs erfolgen. Diese wird am 13. Januar beginnen mit dem ausschließlichen Zweck, über das bisher Erreichte hinaus Maschinen, Personal und Erreden durch Ausfall von Personenzügen frei zu machen und die Abwidelung des Güterverkehrs, dem unbedingt der Vorrang einzuräumen ist, zu fördern. Es ist dringende Pflicht der Bevölkerung, auch freiwillig alles überflüssige Reisen einzustellen, denn alles unnötige Reisen trägt dazu bei, die Kriegsaufgaben der Eisenbahn zu beeinträchtigen, also die Abfuhr der Kohlen und anderer für die Rüstungsindustrie erforderlichen Rohstoffe, den regelmäßigen Nachschub an die Front, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und mit Hausbrandkohlen und dergleichen mehr zu erschweren.

* Auszeichnung. Unteroffizier Fr. Hapsfeld (Marktstraße) wurde das Eisenerne Kreuz 2. Kl. verliehen.

Herborn, 11. Jan. Die Diebereien gehen weiter. In einer der letzten Nächte wurde in das Geschäftshaus von Witwe Rohlich eingedrungen. Die Gauner zerstückelten das Kellerfenster und hielten zunächst Ausschau. Dann wurden die Ladenräume durchwühlt und für 1500 Mark Waren fortgeschleppt, darunter für 900 Mark Zigarren. Die Bewohner des Hauses schliefen in den oberen Räumen und bemerkten von dem Diebstahl nichts. Während der letzte Diebstahl in der Nähe allem Anschein nach von einer auswärtigen Bande vollführt wurde, glaubt man, daß es diesmal ortseingesehene Spitzbuben waren. Mit der öffentlichen Sicherheit ist es für die Nachtzeit hier übrigens sehr schlecht bestellt.

Siegen, 13. Jan. In der Nacht vom 11. zum 12. Januar bemerkte ein Schuttmann in der Händlingstraße eine Person, die zwei Paar Schuhe und ein Paket trug. Er verfolgte den Mann, der bei dem Aussteigen des Beamten die Flucht ergriff, bis hinter den Bahnhof, wo er, als der Mann durch die Mähe das Weite suchte, auf diesen schoß. Der Flüchtling erwiderte die Schüsse und entkam.

Dezbach, 13. Jan. Es gelang hiesigen Einwohnern, einen in Wehlar durchgebrannten Russen zu verhaften, der in der Nacht vorher in unserem Dorfe Fleisch, Kartoffeln usw. gestohlen hatte. Der Russe hatte sich im Walde bei Frohnhausen ein Feuer angezündet und war eben im Begriff, sich aus den erbeuteten Sachen ein ledernes Nach zu bereiten, als ihn seine Verfolger erwischten.

Frankfurt, 13. Jan. Die Polizei verhaftete wegen umfangreicher Betrügereien und Schwindeleien den 29-jährigen Kaufmann Ludwig Hering. Dieser ließ sich von vielen Personen für die Beschaffung von Lebensmitteln Geld auf Kredit geben, besorgte aber niemandem auch nur ein Krümchen, sondern führte mit dem erhaltenen Geld ein sorgenfreies Leben.

Kunze, 13. Jan. Schwer verunglückt. Am Mittwoch nachmittag fuhr eine von Wilmar kommende Lokomotive auf der hiesigen Station auf einen dort stehenden Kohlenwagen auf. Dabei sprang ein Stück des Wagens ab und zerschmetterte dem in der Nähe stehenden Stationsvorsteher Kraum ein Bein. Der Verunglückte wurde in das St. Vincenzhospital in Limburg gebracht.

Letzte Nachrichten.

Eine Kanzlerkrise?

Berlin, 14. Jan. Wie das „Berl. Tagebl.“ erfährt, ist der deutsche Gesandte in Haag, Rosen, in Berlin eingetroffen. Gleichfalls ist Botschafter Graf Bernstorff nach Berlin berufen worden. Es verlautet gerüchtheilweise, daß der Reichskanzler Graf Hertling sich in den letzten Tagen krank gefühlt habe. Es sei keineswegs ausgeschlossen, daß bereits die nächsten Tage Uebererassungen brähten. In politischen Kreisen wird mit größter Bestimmtheit versichert, daß der Rücktritt des Chefs des Kabinetts nunmehr endgültig erfolgen wird, wie die „Morgenpost“ zu berichten weiß. Als sein Nachfolger wird der Oberpräsident der Provinz Döpreken, Landeshauptmann v. Berg, genannt. — Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ meldet: Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Kühlmann ist gestern von Breslau zurück in Berlin eingetroffen. Im Zusammenhang mit Gerüchten über seine fernere Verwendung wird darauf hingewiesen, daß der frühere Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, in Berlin weile und Fürst Billoren an der Gestaltung der Dinge sich lebhaft interessiere.

Die Sonntagsbesprechungen beim Kaiser.

Berlin, 14. Jan. (E. L.) Zur Verlaufe des gestrigen Sonntags hat, wie das Berl. Tagbl. hört, eine Reihe hochwichtiger Besprechungen beim Kaiser stattgefunden, die am heutigen Montag ihren Abschluß finden soll. Diese Besprechungen schlossen sich an verschiedene Empfänge beim Kaiser und beim Kronprinzen an. Darauf folgte gestern eine längere Beratung im Reichskanzlerpalais. Daran nahmen Reichskanzler Graf Hertling, der Unterstaatssekretär Freiberger von dem Busche als Stellvertreter des Herrn v. Kühlmann, ferner Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Lubendorff sowie noch weitere Mitglieder der Reichsleitung teil. Für heute ist eine große gemeinsame Konferenz beim Kaiser vorgesehen und am Montag nachmittag wird voraussichtlich der Kanzler den Führern der Reichstagsparteien über den Inhalt und das Ergebnis der Beratungen Mitteilung machen. Zur Stunde ist darüber nichts bekannt. Doch nimmt man an, daß es sich um die Verhandlungen in Breslau, die in diesen Tagen zu erwartende Antwort des Reichskanzlers auf die neuerlichen Kriegsjelktungsbedingungen der Entente und nach verschiedenen Andeutungen vor allen Dingen auch um die Lösung der polnischen Frage handeln wird.

Eine Wendung in der polnischen Lösung.

Berlin, 14. Jan. Die polnische Frage scheint, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, eine neue Wendung genommen zu haben. Man hat offenbar, wenigstens in Berlin, die austro-polnische Lösung aufgegeben. Dabel scheinen nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche Gründe mitgesprochen zu haben. Militärische insofern, als man sich

